

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

22. Jahrgang

Berlin, den 22. Dezember 1955

Nummer 51/52

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft an der Jahreswende 1955/56

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Bad Godesberg am 16. Dezember 1955

Die Lage der Weltwirtschaft

Die Wirtschaft der westlichen Welt befand sich in der zweiten Hälfte 1955 weiter in lebhafter Expansion. Allerdings erreichte das reale Wachstum vielfach nicht mehr ganz das Ausmaß der nominellen Steigerung. In den meisten Ländern wurde versucht, dieser Diskrepanz mit restriktiven Maßnahmen zu steuern, die überwiegend genereller Art waren, seltener auf konkrete Engpässe zielten. Die Verlangsamung des realen Wachstums wird aller Voraussicht nach anhalten. Die nominelle Entwicklung hiermit in Einklang zu halten, wird in nächster Zukunft noch die höchste Wachsamkeit erfordern, bis der zu erwartende beachtliche Kapazitätszuwachs die Nachfrage-Angebotslage entspannt.

In den Vereinigten Staaten von Amerika bilden die anhaltend lebhaftere Konsumentennachfrage und die von ihr auf die Investitionstätigkeit der Wirtschaft ausgehenden verstärkten Anregungen die wichtigsten Auftriebskräfte in der gegenwärtigen Phase des Expansionsprozesses. Wenn sich auch der Wohnungsbau vor allem unter der Auswirkung der erschwerten Hypothekenbedingungen weiter leicht abschwächen sollte und wenn darüber hinaus auch der

Automobilabsatz einen gewissen Unsicherheitsfaktor im gegenwärtigen konjunkturellen Bild darstellt, so dürften doch die erhöhte Investitionsbereitschaft, die sich in den Plänen der Unternehmungen dokumentiert, und die daraus zu erwartenden Konsumenteneinkommen ein weiterhin günstiges konjunkturelles Klima für ein — wenn auch verlangsamt — wirtschaftliches Wachstum gewährleisten.

Soweit sich Preiserhöhungen im Bereich der Investitionsgüterindustrien — und hier vor allem in den Metall verarbeitenden Zweigen — durchsetzten, wurden sie in den konsumnahen Industriezweigen und im Handel weitgehend aufgefangen. Produktivitätsfortschritte und die mit dem Absatzvolumen steigenden Erlöse ermöglichten diesen Wirtschaftszweigen die Zahlung erhöhter Einkaufspreise und höherer Löhne im großen und ganzen ohne eine Beeinträchtigung der Gewinnsituation. Die Lebenshaltungskosten blieben bis in die jüngste Zeit hinein annähernd stabil.

Anspannungen im Angebots- und Nachfrageverhältnis waren in einigen Bereichen, in denen sich die Ausnutzung der Produktionsstätten den Kapazitätsgrenzen näherte oder sie erreichte, zu

verzeichnen. Hohe Auftragsbestände und lange Lieferfristen haben den bisherigen Expansionsprozeß nicht oder jedenfalls nicht fühlbar behindert; in der Stahlindustrie wurde, ohne Berücksichtigung des Kapazitätswachses des laufenden Jahres, mit einer gegenüber dem 1. Januar 1953 um 7,1 vH erhöhten Stahlkapazität in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 1,4 vH mehr Stahl erzeugt als in der gleichen Zeit des letzten Rekordjahres 1953.

Von der Güterseite aus dürften auch künftig einem wirtschaftlichen Wachstum kaum Hindernisse entgegenstehen, da bei der regen und kontinuierlichen Investitionstätigkeit laufend neue Produktionsstätten in Betrieb genommen werden können, die eine stetige Zunahme der Produktion erlauben. Bisher hat sich auch das Arbeitspotential weit elastischer gezeigt, als die geringe Arbeitslosenquote vermuten ließ. Steigende Löhne und günstige Beschäftigungsmöglichkeiten haben zu vermehrter Einschaltung von Frauen in den Arbeitsprozeß geführt.

Um der Gefahr einer übersteigerten Kreditexpansion vorzubeugen, wurden wiederholt restriktive Maßnahmen ergriffen, die den Wohnungsbau eingeschränkt haben und auch auf die Lagerinvestitionen nicht ohne dämpfenden Einfluß geblieben sein dürften. Die Finanzierung der gewerblichen Anlageinvestitionen wurde hierdurch nicht sichtlich beeinträchtigt. Die Gewinn-situation ist ebenso wie die Liquidität der Unternehmungen sehr günstig; auch der Kapitalmarkt ist, trotz der Anspannungen auf dem Geldmarkt, nach wie vor ergiebig und in der Lage, Neuemissionen von Aktien und Industrieobligationen zu nur wenig veränderten Bedingungen aufzunehmen.

Von der Öffentlichen Hand einschließlich der Sozialversicherungen werden in den kommenden Monaten eher stärker retardierende Einflüsse ausgehen. Steuererleichterungen, die unter politischen Aspekten zu erwarten sind, werden frühestens in der zweiten Hälfte des Jahres 1956 wirksam werden und dürften in erster Linie dem Verbrauch zugute kommen. Da wichtige Verbrauchsgüterindustrien zweifellos noch über Kapazitätsreserven verfügen, die ohne Preissteigerungen ausgenutzt werden könnten, und mit einer weiteren schneller als das verfügbare Einkommen wachsenden Konsumentenverschuldung kaum noch gerechnet werden kann, dürften sich solche Steuererleichterungen u. U. dann als ein neues Auftriebsmoment erweisen.

Wenn auch mit der wirtschaftlichen Expansion die amerikanischen Einfuhren zugenommen haben, stiegen doch die Ausfuhren stärker, so daß das Defizit in der Dollarbilanz der übrigen Welt von dieser Seite her im Jahre 1955 nicht vermindert wurde. Wie auch schon in den früheren Jahren wurden wieder amerikanische Hilfeleistungen bereitgestellt, die jedoch unter dem Niveau der

Vorjahre lagen. Infolgedessen war die Zunahme der Dollar- und Goldreserven der übrigen Welt in diesem Jahr geringer.

Das wirtschaftliche Wachstum in den westeuropäischen Ländern hat sich in den letzten Monaten fortgesetzt. Es stößt indessen immer mehr an die Grenzen, die vor allem durch die zunehmende Ausschöpfung des Arbeitspotentials bedingt sind. In einzelnen Ländern, wie z. B. in Großbritannien und in den skandinavischen Staaten, muß sogar von einer Überbeschäftigung gesprochen werden. Dagegen verfügen die Mittelmeerländer immer noch über größere Arbeitskraftreserven. Die mit der Voll- oder Überbeschäftigung in einer Reihe von Ländern aufgetretenen inflationären Spannungen und damit zusammenhängenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten haben Anlaß zu verschärften restriktiven kreditpolitischen sowie zu entsprechenden finanzpolitischen Maßnahmen gegeben. Die Verringerung des Expansionspielraums hat bereits in allen westeuropäischen Ländern, mit Ausnahme von Belgien-Luxemburg, zu einer Abnahme der jährlichen Zuwachsrates der Industrieproduktion geführt, die allerdings für Westeuropa insgesamt mit 8 vH im 3. Vierteljahr 1955 gegenüber etwa 10 vH im 2. Quartal immer noch relativ hoch ist.

Nach wie vor bilden die Anlageinvestitionen die eigentliche Triebkraft der Expansion in den westeuropäischen Ländern. Die Löhne waren vielfach zunächst hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückgeblieben. Inzwischen ist aber weitgehend ein Ausgleich erfolgt, ja in den Überbeschäftigungsländern haben die Lohnsteigerungen den Produktivitätszuwachs weit überschritten, was dort zu einer zum Teil beträchtlichen Preissteigerung geführt hat.

Der private Verbrauch hat in den meisten westeuropäischen Ländern zunächst stärker aufgeholt. Neuerdings machen sich aber in den Überbeschäftigungsländern als Folge der restriktiven Wirtschaftspolitik Anzeichen einer Abschwächung im Verbrauchszuwachs bemerkbar. Da gleichzeitig in den Produktionsstätten, die während der jüngsten Investitionswelle erstellt worden sind, die Erzeugung in zunehmendem Umfange anlaufen wird, dürfte das Warenangebot im industriellen Bereich in absehbarer Zeit reichlicher werden und gegenwärtig noch bestehende Spannungen überwinden helfen. Die aus einer solchen Konstellation möglicherweise resultierende Preissenkungstendenz und nachlassende Investitionsneigung der Unternehmer könnten unter Umständen eine Lockerung oder Aufhebung der kontraktiv wirkenden Maßnahmen erforderlich machen, um die Gesamtnachfrage an die bereits erzielten und noch zu erwartenden Kapazitätserweiterungen und Produktivitätsfortschritte anzupassen.

In den Herbstmonaten haben mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Expansion auch die Außenhandelsumsätze weiter zugenommen, und

zwar sowohl im innereuropäischen als auch im interkontinentalen Verkehr. Die starke Zunahme im Herbst im Vergleich zu den Sommermonaten erklärt sich zu einem erheblichen Teil aus dem Nachholen der Verschiffungen, die infolge des britischen Hafentarbeiterstreiks unterblieben waren. Selbst unter Berücksichtigung dieses Umstandes liegen indessen die Zuwachsraten sowohl beim Export als auch beim Import merklich über den Produktionszuwachsrate. Diese Entwicklung deutet auf eine zunehmende Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften hin; sie wurde durch den verstärkten Anreiz bedingt, gewisse — vor allem fertige — Erzeugnisse einzuführen, die bei fortschreitender Ausnutzung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten in den letzten Monaten nicht mehr so leicht wie bisher im Inland zu beschaffen waren. Dem kommt die weitgehende Liberalisierung des innereuropäischen Handels entgegen. Zugleich hat der steigende Rohstoffbedarf auch zunehmende Importe aus den überseeischen Ländern bewirkt, die diesen wiederum erhöhte Bezüge aus den westeuropäischen Ländern ermöglichten. Ebenso wie bei den USA waren jedoch im Außenhandel mit den überseeischen Ländern die Ausfuhrsteigerungen in den letzten Monaten im ganzen sogar noch größer als die Einfuhrzunahmen, so daß sich die Passivität des gesamteuropäischen Handels neuerdings verringert hat. Auch die weiter erhöhten Einnahmen aus Frachten und Reisen im internationalen Verkehr haben zu einer Verbesserung der Zahlungsbilanz der meisten europäischen Länder beigetragen.

Diese Entwicklung hat eine entsprechende Verschlechterung der Handels- und Zahlungsbilanz in den überseeischen Agrar- und Rohstoffländern bewirkt. Um den sich hieraus ergebenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu begegnen, sahen sich viele dieser Länder zu verstärkten Einfuhrbeschränkungen, Währungskurskorrekturen und restriktiven Maßnahmen zur Dämpfung der Inlandnachfrage veranlaßt.

Die weiteren Aussichten für den Export der Industrieländer nach den überseeischen Agrar- und Rohstoffländern können unter diesen Umständen nicht mehr als so günstig wie bisher angesehen werden, es sei denn, daß diesen Ländern sehr viel höhere Kredithilfen gewährt würden. Die Bereitstellung vor allem langfristiger Kredite erscheint um so dringlicher, als die Zahlungsbilanzen der überseeischen Agrar- und Rohstoffländer auch durch die Preisentwicklung auf den internationalen Warenmärkten voraussichtlich keine Entlastung erfahren werden. Schon bisher standen die Weltmarktpreise für Nahrungs- und Genußmittel sowie für agrarische Rohstoffe infolge der durch Preisstützungsmaßnahmen in wichtigen Erzeugungsländern hervorgerufenen Überproduktion unter zunehmendem Druck. Solange diese Übererzeugung anhält, muß mit einer weiteren Verschärfung dieses Druckes gerechnet werden.

Auch die bis in die jüngste Zeit noch ansteigende Preistendenz der Investitionsgüterrohstoffe dürfte bei der zu erwartenden Verlangsamung der Nachfragesteigerung auf der einen Seite und dem allmählich zunehmenden Angebot auf der anderen Seite nicht mehr anhalten.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Das außerordentlich rasche Expansionstempo der westdeutschen Wirtschaft hielt in der zweiten Hälfte des Jahres 1955 an. Für das ganze Jahr 1955 wird man damit rechnen können, daß das Bruttosozialprodukt nominal um 12 bis 13 vH größer sein wird als 1954. Allerdings hat sich die reale Fortschrittsrate des Bruttosozialprodukts, die bereits in der ersten Jahreshälfte 1955 geringfügig hinter dem nominalen Wachstum zurückgeblieben war, seit der Jahresmitte etwas verringert. Während das volkswirtschaftliche Preisniveau im ersten Halbjahr 1955 den Vorjahresstand um 1 bis 2 vH übertraf, war es im zweiten Halbjahr wohl um mehr als 2 vH höher.

Hinter dieser Entwicklung stand die unvermindert kräftige Investitionstätigkeit nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Öffentlichen Hand. Die Nachfrage nach Investitionsgütern — nachdem die Auftragswelle der letzten Monate des vergangenen Jahres abgeebbt war — hielt sich auf hohem Stande. Der Auftragsbestand dieser Industrien ist trotz steigender Produktion ständig gewachsen; die Lieferfristen nahmen zu. Dies gilt insbesondere für den Maschinenbau. Die verstärkte Position des Angebots auf den Investitionsgütermärkten schlug sich in der Preisentwicklung nieder: Während noch im Frühjahr der Index der Erzeugerpreise für Investitionsgüter um 1 vH über dem Vorjahresstand lag, war er im Oktober um rd. 3 vH höher als ein Jahr zuvor.

Die Spannungen auf den inländischen Investitionsgütermärkten wären wohl noch größer gewesen, wenn nicht im Sommer das Wachstum der Investitionsgüterausfuhr nachgelassen hätte. Die Wachstumsrate dieser Exporte blieb im dritten Quartal 1955 mit rd. 17 vH erheblich hinter der Wachstumsrate des Inlandsumsatzes (rd. 27 vH) zurück. Dabei sind allerdings die Auftragsbestände, die auf Bestellungen aus dem Ausland zurückgehen, stärker gewachsen als die Auftragsbestände im Inlandsgeschäft; dies deutet darauf hin, daß sich die Lieferfristen im Exportgeschäft der westdeutschen Investitionsgüterindustrien offenbar denen der Konkurrenzländer genähert haben.

Die angespannte Lage des Binnenmarktes hat sich im Grundstoffbereich sogar darin niedergeschlagen, daß die Ausfuhr von Stahl stagnierte und die Kohlenexporte zurückgingen. Da andererseits die Einfuhr von Kohle (insbesondere aus den Vereinigten Staaten) beträchtlich zunahm, die Stahlimporte sich auf dem hohen Stande des Früh-

jahrs hielten, und die Versorgung mit ausländischen Rohstoffen so groß war, daß sie hier und dort sogar über den laufenden Bedarf hinausging, waren der Produktionsausweitung von dieser Seite her alles in allem keine Grenzen gesetzt.

Wenn dennoch die Zuwachsrate der industriellen Produktion seit dem Sommer dieses Jahres etwas kleiner geworden ist, so vor allem deshalb, weil die Produktionskapazitäten (zusammen mit den verfügbaren Arbeitskräften) der Expansion Grenzen setzten. Die Zahl der abhängig Beschäftigten war im dritten ebenso wie im zweiten Vierteljahr um 6 vH höher als ein Jahr zuvor. In der Industrie ist die Zuwachsrate der Beschäftigtenzahl bis in die jüngste Zeit hinein sogar noch etwas gestiegen. Die über die Zunahme der Beschäftigtenzahl hinausgehende Steigerung der Industrieproduktion (wie auch des Sozialproduktes) war 1955 allein das Ergebnis der rationelleren Nutzung der Anlagen, da sich die effektive Arbeitszeit im Durchschnitt nicht mehr steigern ließ. Der Grad der technischen Kapazitätsauslastung ist dabei ständig größer geworden.

Bei der durch hohe Gewinne und günstige Ertragsersparungen der Unternehmer stimulierten starken Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich der aufwärts gerichtete Lohnrend erheblich verstärkt. In der Industrie blieb die Lohnsteigerung (im Jahresvergleich) bis zum Sommer hinter der Steigerung der Produktivität (d. h. der Steigerung der Produktionsleistung je Arbeiterstunde) zurück. Im dritten Vierteljahr waren jedoch die Zuwachsraten beider Reihen etwa gleich groß. Damit verstärkte sich selbst in diesem Bereich der Wirtschaft, in dem der größte Produktivitätseffekt zu erzielen ist und erzielt wurde, der Drang zu Preiserhöhungen. In der Bauwirtschaft, in der seit dem Sommer keine nennenswerten Produktivitätsfortschritte mehr zu erzielen waren, die Arbeitskräfte aber besonders knapp wurden, haben sich Löhne und Preise beträchtlich erhöht. Auch in anderen Bereichen haben sich die Löhne stärker als die Produktivität erhöht.

In der Gesamtwirtschaft steht daher gegenwärtig eine Wachstumsrate der Durchschnittseinkommen aller Arbeitnehmer von 6 bis 7 vH einer Fortschrittsrate der Produktivität von 4 bis 5 vH gegenüber. Bei einer Zunahme der Selbständigeneinkommen, die noch größer war als die der Arbeitnehmereinkommen, verstärkten sich alles in allem die Tendenzen zu Preiserhöhungen. Effektive Preiserhöhungen sind allerdings bisher nur partiell sichtbar geworden. Die starke Steigerung der Beschäftigtenzahl und noch mehr der Durchschnittslöhne und -gehälter führte dazu, daß sich die Zuwachsrate der Bruttoarbeitseinkommen im dritten Vierteljahr nochmals vergrößerte. Da jedoch die Renten und Unterstützungseinkommen in diesem Sommer nicht mehr zunahmen, blieb die Zuwachsrate des gesamten Masseneinkommens (im dritten Quartal 11 vH gegenüber der gleichen

Vorjahrszeit) hinter der Zunahme des Arbeitseinkommens zurück.

Im Laufe des Jahres stieg der private Verbrauch stark an. Im dritten Quartal ergab sich eine Wachstumsrate, die mindestens so hoch war wie die des Masseneinkommens, während sie bis dahin stets dahinter zurückgeblieben war. Die Sparquote hat sich also nicht mehr vergrößert, sondern ist vielleicht sogar etwas kleiner geworden. In welchem Umfange diese Entwicklung durch die Einschränkung des steuerbegünstigten Sparens bedingt war, bleibt offen. Jedenfalls wird man sich darauf einstellen müssen, daß bei steigendem Nominaleinkommen die Spartätigkeit nicht immer überproportional zunehmen muß, wie dies in den letzten Jahren der Fall war.

Die Beschleunigung im Anstieg der Verbrauchsausgaben hat auch in den letzten Monaten angehalten, wie die Einzelhandelsumsätze im Oktober und November sowie das Weihnachtsgeschäft zeigen. Bisher war das Angebot an industriellen Verbrauchsgütern jedoch elastisch genug, um der Nachfrage ohne nennenswerte Preiserhöhungen folgen zu können. Die hohen Auftragsengpässe und die dabei beträchtlich steigenden Auftragsbestände führten insbesondere bei den traditionellen Verbrauchsgüterindustrien dazu, daß die effektiven Investitionen dieser Industriezweige und noch mehr ihre Auftragserteilungen an die Investitionsgüterindustrie zunahmen.

Während die Steigerung der Nachfrage die Preise industriell erzeugter Verbrauchsgüter bisher kaum erhöhte, sind mit der Ausweitung des gesamten privaten Verbrauchs in einigen nicht-industriellen Bereichen die Marktpreise gestiegen. Darüber hinaus wurden auch sogenannte autonome Preise (Mieten, bestimmte Ernährungsgüter, Kohle) zum Teil beträchtlich heraufgesetzt, so daß der Preisindex der Lebenshaltung im Verlauf dieses Jahres um etwa 2 vH gestiegen ist.

Mit der Expansion der gesamten Nachfrage (sowohl nach Investitions- als auch nach Verbrauchsgütern) ging eine überproportionale Zunahme der Einfuhr einher. Wo das Inlandsangebot besonders unelastisch war, erhöhten sich die Importe am stärksten. Dies gilt insbesondere für Kohle. Da der Inlandspreis nach wie vor gebunden ist, die eingeführte Kohle infolge steigender Frachtraten sich aber erheblich verteuerte, hat sich das gesamte Kohlenpreisniveau erhöht. Bei der Einfuhr von Agrarerzeugnissen hat aus institutionellen Gründen das „Einfuhrventil“ nicht so ausgleichend gewirkt wie bei der Einfuhr industrieller Erzeugnisse. Im ganzen hat jedoch die verstärkte Einfuhr dazu beigetragen, den Anstieg der Preise in den genannten Grenzen zu halten.

Der Zentralbankrat hat durch die Heraufsetzung der Mindestreservesätze das Kreditpotential der Geschäftsbanken eingeengt, um so die Ausweitung des kurzfristigen Kreditvolumens zu verlangsamen und dadurch das Expansions-

tempo der Wirtschaft zu mäßigen. Obwohl er diese Maßnahme in einem besonders günstigen Augenblick erließ, weil die Liquidität der Geschäftsbanken sich in den letzten Monaten des Jahres ohnehin regelmäßig verschlechtert, blieb die Spanne zwischen dem Wachstum der nominalen und realen Einkommen bestehen. Die Wirtschaft konnte sich das Geld, das sie zur Finanzierung der Expansion benötigte, dadurch beschaffen, daß ihr — abgesehen von der Vergrößerung ihres Geldvolumens durch Devisenverkäufe — verhältnismäßig viel langfristiger Bankkredit gewährt wurde. Außerdem sind von den Unternehmungen in beschränktem Umfang Mittel remonetisiert worden, die in Wertpapieren angelegt waren.

Die Heraufsetzung der Mindestreservesätze führte zu einem Bedarf an Zentralbankgeld bei den Kreditinstituten, der weit geringer war als jener, der durch die Stilllegung großer Kassenüberschüsse des Bundes bei der Bank deutscher Länder, durch Maßnahmen zur Erzielung optisch günstiger Jahresbilanzen der Geschäftsbanken und durch den kräftig steigenden Bargeldumlauf entstand.

Um die Rückgriffsmöglichkeiten auf Zentralbankgeld, die durch die Rediskontkontingente begrenzt sind, soweit wie möglich zu erhalten, konkurrierten die Banken aufs heftigste um die am Geldmarkt noch verfügbaren Zentralbankmittel. Die sich hierbei bildenden ungewöhnlich hohen Geldmarktsätze waren weit mehr noch als die nicht zu vermeidende starke Inanspruchnahme von Zentralbankkredit Ausdruck der Liquiditätsverknappung der Banken.

Die Folgen dieser Vorgänge wurden nicht nur in einem Rückgang und dann in einer Verlangsamung des Anstiegs der kurzfristigen Bankkredite an die Wirtschaft sichtbar, sondern auch in einer Erhöhung der Kapitalzinsen. Denn den Banken war es bei der Einengung ihrer Liquidität nicht mehr möglich, als Hauptkäufer neu emittierter Rentenwerte aufzutreten. Neue Emissionen mußten bei der Schwäche der Nachfrage mit einer höheren Nominalverzinsung ausgestattet werden, und die Kurse der bereits am Markt befindlichen Wertpapiere gingen zurück. Mit der restriktiven Kreditpolitik mußte das Bestreben, private Kreise an der Anlage ihrer Ersparnisse in festverzinslichen Wertpapieren zu interessieren, hinter der konjunkturpolitischen Zielsetzung der Notenbank zurücktreten.

Ausblick

Mit der in diesem Jahr erreichten Vollbeschäftigung ist die Gefahr akut geworden, daß die Expansion in Westdeutschland in eine Phase wenn auch nicht starker, so doch deutlich spürbarer Preiserhöhungen einmündet. Die hohen Investitionen verlangen einen derartig starken Einsatz von Produktivkräften, daß Löhne gewährt werden und sich Unternehmereinkommen bilden,

die als Nachfrage trotz der Kapazitätseffekte tendenziell über das jeweilige Güterangebot hinausstreben.

Soweit da und dort Anzeichen für ein Nachlassen der Nachfrage nach Investitionsgütern erkennbar sind, werden derartige, zur Entspannung beitragende Vorgänge dadurch ausgeglichen oder gar überkompensiert, daß die kräftige Ausweitung des Konsums eine verstärkte Investitionstätigkeit in der Verbrauchsgüterwirtschaft, insbesondere bei den Produzenten kurzlebiger industrieller Verbrauchsgüter, nach sich zieht.

Solange die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot so deutlich übersteigt wie bisher, ist zu befürchten, daß sich weiterhin Lohnerhöhungen durchsetzen, die von der Zunahme der Produktivität nicht einzuholen sind. Diese Zunahme wird allerdings auch im kommenden Jahre wiederum beachtlich sein, da in wachsendem Umfang — vor allem in der verarbeitenden Industrie — außerordentlich hohe Investitionen die volle Produktionsreife erreichen. Dem technischen Fortschritt und den sonstigen Rationalisierungsmaßnahmen steht allerdings gegenüber, daß die Leistung der zusätzlich für den Arbeitsprozeß noch zu gewinnenden Arbeitskräfte teilweise geringer sein wird als bisher. Allerdings verliert dieses Hemmnis allmählich an Gewicht, da zusätzliche Arbeitskräfte in immer geringerem Umfang zu gewinnen sein werden. Aber auch die bei Vollbeschäftigung gesicherte Existenz von Grenzbetrieben beeinträchtigt die gesamtwirtschaftlich erzielbaren Produktivitätsfortschritte.

Einer an sich möglichen Stärkung der Mobilität und damit der Effizienz der Produktivkräfte stehen offenbar nur schwer zu beseitigende institutionelle und traditionelle Verhärtungen gegenüber, die mit einer auf optimale Nutzung der Produktivkräfte ausgerichteten Wirtschaftspolitik nicht vereinbar sind. Die Bemühungen sollten intensiviert werden, zugunsten der nötigen Produktivitätssteigerung gegen derartige Hemmnisse anzugehen.

Daneben besteht die Möglichkeit, die Spanne zwischen Nominal- und Realentwicklung des Sozialprodukts dadurch zu vermindern, daß man das Angebot aus dem Ausland noch stärker als bisher zum Zuge kommen läßt. Neben der Anwerbung von Arbeitskräften bieten sich dafür besonders Liberalisierung und Zollpolitik an, wobei Gruppeninteressen hinter dem Gesichtspunkt der Konjunkturpolitik zurückzutreten hätten. So wichtig es ist, auch von diesen konjunkturpolitischen Mitteln Gebrauch zu machen: sie können nicht den entscheidenden Beitrag zur Lösung des Problems liefern.

Die Entscheidung darüber, ob sich wieder ein gleichgewichtiges Wachstum einstellen wird, wird vielmehr im monetären Bereich fallen.

In den kommenden Monaten ist zwar eine gewisse Dämpfung der Nachfrage dadurch zu erwarten, daß die Zahlungen an veranlagter Ein-

kommensteuer und Körperschaftsteuer, die aus erhebungstechnischen Gründen in der zweiten Hälfte dieses Jahres ungewöhnlich niedrig waren, ansteigen werden, und daß damit die Kassenüberschüsse des Bundes wachsen.

Die konjunkturpolitische Aufgabe wird jedoch erschwert, wenn im Frühjahr Steuersenkungspläne verwirklicht werden.

Die Steuersenkung wird meist mit der Begründung verlangt, die Höhe der steuerlichen Belastung führe einerseits zu Ausgaben, die das steuerpflichtige Einkommen vermindern, wirtschaftlich gesehen aber unrationell seien; sie verhindere andererseits die Bildung des betrieblich nötigen Eigenkapitals und die Konsolidierung von Schulden. So ist man der Ansicht, eine Erhöhung der Netto-Einkommen wirke nicht expansiv, weil zum einen die öffentlichen Ausgaben im Umfang der Einnahmeausfälle geringer würden, zum anderen nur ein kleiner Teil der erhöhten Einkommen tatsächlich Nachfrage ausübe.

Demgegenüber ist zu sagen, daß der Bundeshaushalt im nächsten Rechnungsjahr über Einnahmen verfügt, deren Kürzung um den geforderten Betrag keineswegs dazu führen würde, daß er weniger Ausgaben finanzieren könnte als vorgesehen, sondern dazu, daß nicht noch größere Kassenreserven entstanden als 1955/56. Weder die Stärke der Konsumneigung noch die Höhe des Kreditbedarfs der Wirtschaft lassen annehmen, daß ein nennenswerter Teil der zusätzlichen Einkommen per Saldo stillgelegt würde.

Daß es schwerwiegender und äußerst nachteiliger kreditpolitischer Eingriffe bedarf, diesen expansiv wirkenden Effekt bei tendenziell steigenden Preisen zu neutralisieren, bedarf keines Beweises.

Will man die Steuern dagegen deshalb gesenkt wissen, weil die öffentlichen Fonds sonst weiter

und verstärkt zunehmen, so ist man gewillt, den sofort auftretenden expansiven Effekt der Steuersenkung auf sich zu nehmen, der mit sehr scharfer Kreditpolitik bekämpft werden müßte. Abgesehen davon ist zu betonen, daß das zusätzliche Einkommen über kurz oder lang den öffentlichen Haushalten wieder die Mittel zuführt, auf die sie im Wege der Steuersenkung verzichten.

Gewiß ist der Gedanke bestechend, durch eine Steuersenkung Kasseneinnahmen und -ausgaben des Bundes in ein Gleichgewicht zu bringen, weil sich dann sehr viel bessere Möglichkeiten der konjunkturpolitischen Eingriffe durch die Kreditpolitik ergeben. Auf diese Weise wäre sogar mit fiskalischen Mitteln Konjunkturpolitik zu betreiben, ohne daß sich kumulative Fonds oder kumulative Defizite bilden. Auch würde sich dadurch der Zwang ergeben, die Rüstung durch Steuererhöhung zu finanzieren. Dies allein würde die Gewähr dafür bieten, daß die Inanspruchnahme der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte für die Rüstung nicht zur Inflation führt, falls nicht andere staatliche Ausgaben entsprechend gekürzt werden. Dies gilt in einer vollbeschäftigten Wirtschaft bei noch so hohem Sozialprodukt und noch so hohen Zuwachsraten.

So spitzt sich das Problem auf die Frage zu, ob die Kreditpolitik bei der zu erwartenden Konstellation der konjunkturellen Kräfte mit den ihr gegebenen Möglichkeiten die notwendige Kontraktion erzielen kann.

Außerordentlich scharfe Eingriffe wären voraussichtlich erforderlich, und es fragt sich, ob die ungleichmäßigen Wirkungen, die davon unvermeidlich ausgehen werden, die Investitionen nicht gerade an den Stellen beeinträchtigen, an denen eine möglichst kräftige Ausweitung der Kapazitäten am schnellsten und sichersten zu einer Überwindung der konjunkturellen Spannungen führen würde.

Sondergutachten zur Lage in Westdeutschland

Zwei der an der gemeinschaftlichen Konjunkturdiagnose beteiligten Institute, nämlich das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv, stimmen zwar mit den übrigen Instituten in der Beurteilung der weltwirtschaftlichen Situation überein, müssen aber bei der Beurteilung der Lage der westdeutschen Wirtschaft und bei dem Ausblick auf die Zukunft, besonders bei der Beurteilung der zu ergreifenden konjunkturpolitischen Maßnahmen einen abweichenden Standpunkt einnehmen.

Die beiden Institute teilen insbesondere die Auffassung nicht, daß die Konjunktur in Westdeutschland in akuter Gefahr stehe, in ein Stadium kontinuierlicher Preiserhöhungen einzumünden. Mit der Annäherung an den Zustand

der Vollbeschäftigung kann im Prinzip die Gefahr einer durch Produktivitätssteigerung nicht gerechtfertigten Erhöhung der Einkommen und damit einer Preissteigerung auftauchen. Die Verhinderung solcher Preissteigerung ist zweifellos eine der wichtigsten Aufgaben einer auf langfristiges Wachstum des Sozialproduktes hinarbeitenden Konjunkturpolitik.

Beide Institute sind aber der Meinung, daß das Ausmaß der bereits eingetretenen Preissteigerung und die Größe der damit gegebenen Gefahr in dem Gutachten der anderen Institute überschätzt wird. Sie glauben insbesondere, daß diese Gefahr mit weniger einschneidenden Maßnahmen gebannt werden kann, als sie die übrigen Institute für nötig halten, wenn die Steuern gesenkt werden.

Die bisher eingetretenen geringen Preissteigerungen und die auf weitere Preissteigerungen tendierenden Kräfte können durch das Zusammenwirken von zwei Instrumenten völlig unter Kontrolle gehalten werden:

1. Drosselung der Kreditschöpfung der Geschäftsbanken durch restriktive Maßnahmen des Zentralbanksystems.
2. Senkung bestimmter Preise bzw. Verhinderung bestimmter Preissteigerungen durch den Abbau von Verbrauchssteuern und insbesondere von Zöllen.

Beide Institute bestreiten aber, daß, wenn diese beiden Instrumente mit dem nötigen Nachdruck angewandt werden, darüber hinaus eine Stilllegung von Kaufkraft durch die öffentliche Hand erfolgen muß. Sie halten es für eine ausgesprochen verfehlte Konjunkturpolitik, auch weiterhin durch zu hohe Steuern oder zu niedrige Staatsausgaben Überschüsse der öffentlichen Haushalte zu bilden und diese Überschüsse — da sie volkswirtschaftlich nicht in die Zukunft transferierbar sind — durch zinslose Anlagen im Notenbanksystem oder durch Aufkauf von Ausgleichsforderungen faktisch zu vernichten. Soweit die bisher entstandenen Milliardenbeträge von Kassenüberschüssen der öffentlichen Haushalte bereits im Zentralnotenbanksystem stillgelegt worden sind, können sie, solange Vollbeschäftigung besteht, ohne Gefahr für das Preisniveau nicht reaktiviert werden. Sie sind daher als volkswirtschaftlich verloren zu betrachten. Gerade deshalb aber muß vermieden werden, weiterhin solche Überschüsse entstehen zu lassen. Dazu müssen produktive Staatsausgaben gesteigert und Steuern ermäßigt werden. Zu den zu steigernden Staatsausgaben gehören ganz besonders auch alle Investitionen, die von der privaten Wirtschaft nicht oder nicht in dem Umfange durchgeführt werden, wie es im Interesse eines ständigen Wachstums des Sozialprodukts erforderlich wäre, wie z. B. Aufwendungen für die Ausbildung der Jugend und für die Forschung einschl. der Grundlagenforschung.

Bei den Steuerermäßigungen sind konjunkturpolitisch diejenigen vordringlich, die zu Preissenkungen führen, wie die Senkung bzw. vollständige Beseitigung von Steuern auf unentbehrliche Verbrauchsgüter (beispielsweise Zuckersteuer). Die

Senkung bzw. Beseitigung von Zöllen ist konjunkturpolitisch unentbehrlich, um Verknappungserscheinungen und Preissteigerungstendenzen auf dem Binnenmarkt durch ein verstärktes ausländisches Angebot entgegenzuwirken. Sie würde entscheidend dazu beitragen, den Nutzeffekt der deutschen Wirtschaft zu erhöhen.

Angesichts der starken Kräfte, die gerade in den nächsten Jahren auf eine Steigerung der Budgetüberschüsse hin tendieren, kann es notwendig werden, zur Beseitigung dieser Überschüsse auch die Einkommensteuer zu senken. Auch konjunkturpolitisch wäre eine solche Maßnahme sinnvoll, soweit dadurch der Leistungswille gesteigert werden kann.

Sollte durch das Aufhören der Kaufkraftabschöpfung durch die öffentliche Hand eine Nachfragesteigerung eintreten, die ein stabiles Preisniveau gefährdet, müßte die Notenbank durch verstärkte restriktive Maßnahmen einer solchen Entwicklung entgegenwirken. Mit der Diskont-, Mindestreserven- und Offenmarktpolitik, sowie vor allem auch mit dem Mittel der Rediskontkontingente stehen ihr wirksame Maßnahmen zur Verfügung, mit der die Aufrechterhaltung der Stabilität des Geldwertes gewährleistet werden kann, zumal wenn diese Politik durch entsprechende Zollsenkungen unterstützt wird.

Zur Frage der Investitionen glauben die beiden Institute, daß man nicht nur die negativen Seiten der heutigen Investitionskonjunktur sehen darf. Der Investitionsbedarf der deutschen Wirtschaft wird noch jahrelang sehr groß sein, vor allem durch die Annäherung an die Vollbeschäftigung und durch die Notwendigkeit, ständige Steigerungen des Sozialprodukts bei nur noch geringer Zunahme der Zahl der Beschäftigten zu erzielen. Der Rationalisierungsbedarf der deutschen Wirtschaft ist sehr groß. Wenn im dritten Quartal 1955 die Wachstumsrate des Inlandsumsatzes an Investitionsgütern um 27 vH gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat, so liegt darin nicht einseitig eine Gefahr der Preissteigerung, sondern auch eine Bremse gegen künftige Preissteigerungen, da die Produkte dieser Investitionen in wachsender Menge auf den Markt kommen und die erzielte Rationalisierung sich kostensenkend auswirkt.

Die Westberliner Wirtschaft im Jahre 1955

1955 — ein erfolgreiches Jahr

Das abgelaufene Jahr war — gemessen an dem erzielten Fortschritt — das bisher günstigste für die Westberliner Wirtschaft seit der Währungsreform. Das Bruttosozialprodukt — der geeignete Maßstab für den gesamtwirtschaftlichen Erfolg — hat nominal um reichlich 15 vH, real — bei nur

geringfügig steigendem Preisniveau — um etwa 13 vH zugenommen. Gegenüber dem Bundesgebiet, dessen Sozialprodukt um nominal etwa 12 vH ebenfalls sehr stark gestiegen ist, hat West-Berlin somit wirtschaftlich aufgeholt.

Die außerordentliche Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums beruhte auf folgender

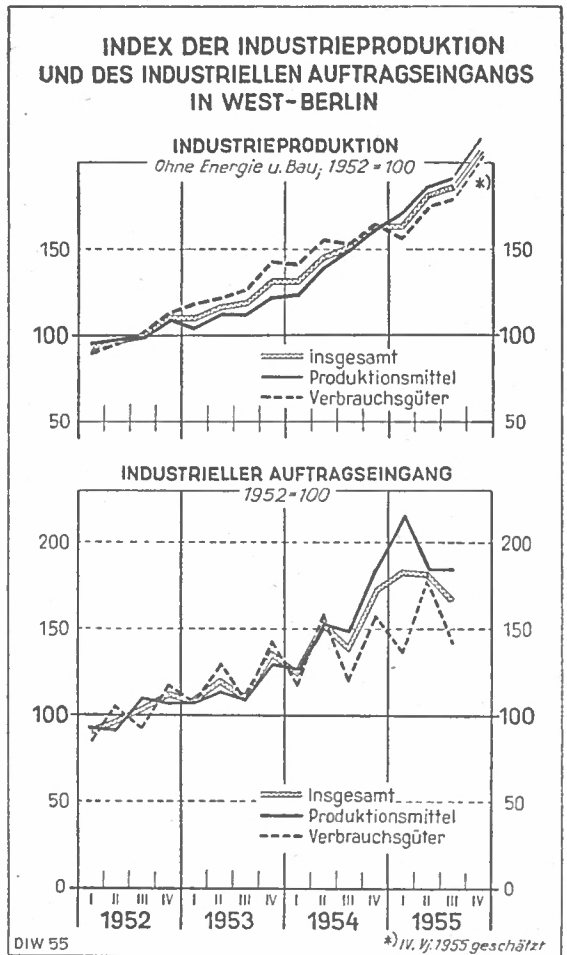
Konstellation: Nachdem der Ausbau der vorhandenen Produktionskapazitäten mit Hilfe von ERP-Krediten weit genug vorgeschritten und auch für den Ausgleich der politischen Standortnachteile im Verkehr mit Westdeutschland vor allem ein geeigneter Weg in Form der Umsatzsteuervergünstigungen geschaffen worden war, entstand im Herbst 1954 auf Grund des westdeutschen Investitions-„boom's“ eine sehr gute Absatzlage. Zusätzlich zu der privaten Nachfrage wurden weit höhere öffentliche Aufträge nach Berlin vergeben — Anfang des Jahres waren diese um das Dreifache größer als noch ein Jahr zuvor —, so daß auch Zweige, die den bisherigen Anstieg weniger mitmachen konnten, wie z. B. der Waggonbau, einen günstigen Geschäftsverlauf hatten. Zweifellos haben auch die Einkommensteuerpräferenzen den Betrieben die Anpassung an das höhere Umsatzvolumen erleichtert. Die verbesserte Liquidität gestattete ihnen, den mit der höheren Produktion verbundenen gestiegenen Betriebsmittelbedarf zu befriedigen, ohne den Bankenapparat übermäßig zu beanspruchen.

Als unmittelbare Folge der Produktionsausweitung stieg die Beschäftigung um 50 000 Personen. So wurden in den verschiedenen Wirtschaftszweigen 1955 durchschnittlich 810 000 Arbeitnehmer gegenüber 760 000 im Vorjahr beschäftigt. Dabei nahm das durchschnittliche Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer um 5 vH auf 3900 DM zu; netto betrug der Zuwachs infolge der zwanzigprozentigen Lohnsteuerermäßigung sogar 8 vH.

Wachsender Anteil der Industrie

Seit Verlust der Hauptstadtfunction ist es ein dringendes Anliegen Berlins, seine Wirtschaftsstruktur — die stark von Dienstleistungen aller Art bestimmt wurde — den neuen Bedingungen anzupassen und, um sich nicht für die Dauer der Spaltung Deutschlands mit der Rolle eines Kostgängers der Bundesrepublik abfinden zu müssen, an die Stelle der „Ausfuhr von Dienstleistungen“ industrielle Lieferungen treten zu lassen. Diese „Umstrukturierung“ machte 1955 besonders gute Fortschritte. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes (Industrie und Handwerk ohne Bau) am Sozialprodukt erhöhte sich von 39 vH (1954) auf 42 vH. Von den 50 000 neuen Arbeitsplätzen entfielen 30 000 auf die Industrie und 5000 auf das Handwerk. Entsprechend stieg der Anteil der in der Industrie tätigen Arbeitnehmer seit 1950 von knapp einem Viertel der insgesamt Beschäftigten auf fast ein Drittel.

Hauptursache der beträchtlichen Beschäftigungszunahme in der Industrie war die bereits 1954 einsetzende starke Nachfrage nach Investitionsgütern; seit dem dritten Vierteljahr 1955 macht sich außerdem konjunkturell eine zunehmende Nachfrage nach Verbrauchsgütern bemerkbar. Die Entwicklung der Auftragseingänge war aber auch ihrem gesamten Umfang nach im Jahresverlauf



unterschiedlich. So lagen die Bestellungen der privaten Wirtschaft im ersten Quartal um ein Drittel, im zweiten Quartal aber nur um ein Fünftel über dem entsprechenden Vorjahrsstand. In der zweiten Hälfte des Jahres erhöhte sich jedoch wieder der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Die öffentlichen Aufträge allein stiegen im ersten Vierteljahr auf mehr als das Dreifache des Vorjahrswertes, sanken danach jedoch wieder und hielten sich seither auf einem um 6 bis 7 vH höheren Niveau als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt waren die privaten Aufträge um gut ein Viertel und die Bestellungen öffentlicher Auftraggeber — wie Bundespost und -bahn — um vier Fünftel größer als ein Jahr zuvor.

Dem außerordentlich hohen Auftragseingang entsprechend nahm, wie erwähnt, die industrielle Produktion stark zu; sie lag im Jahresmittel um etwa ein Viertel über dem Vorjahrsstand. Dabei hat sie dank des Auftragspolsters die Schwankungen des Bestelleingangs im Jahresverlauf nicht mitzumachen brauchen, aber es ist zu erkennen, daß sich die Expansionsrate der Produktionsmittelindustrie in der zweiten Hälfte des Jahres etwas verlangsamt hat. Das Wachstumstempo ging nur deshalb nicht zurück, weil dem entsprechend langsamer werdenden Anstieg bei den Produktionsgütern zur Zeit ein Aufschwung in der Verbrauchsgüterindustrie gegenübersteht.

Der Umsatz der Westberliner Industrie betrug in diesem Jahre schätzungsweise rd. 5,3 Mrd. DM und war damit um eine Milliarde DM höher als im Vorjahr. Der Absatz in das Bundesgebiet stieg um rd. 600 Mill., der Export um rd. 75 Mill. DM. Der gesamte auswärtige Absatz betrug reichlich 3,7 Mrd. DM und war um 23 vH höher als 1954.

Auch Dienstleistungen gestiegen

Wenn die Industrie somit ihren Anteil an der Wertschöpfung und der Gesamtbeschäftigung sehr stark vergrößern konnte, so geschah dies doch nicht auf Kosten eines absoluten Rückgangs der Dienstleistungen. Wenn diese auch relativ an Gewicht verloren haben, so haben sie doch im ganzen eine Steigerung ihres Sozialproduktbeitrags um 11 vH bzw. der Beschäftigten um 4 vH erfahren. Die höheren Industrieumsätze führten zu einer weiteren Belegung in der Handelsstufe und die gleichzeitig größeren Einkommen zu einer höheren Inanspruchnahme von persönlichen Dienstleistungen. Nach größeren Bereichen betrachtet, hat die Wertschöpfung des Einzelhandels um 15 vH, die des Großhandels um 20 vH zugenommen. Der Beitrag des Staates zum Sozialprodukt erhöhte sich nur noch unbedeutend.

Investition in der Wirtschaft 20 vH höher

Die starke Expansion hat auch zu einer beträchtlichen Steigerung der Westberliner Investition geführt. Bei einer gesamten Zunahme um 16 vH ist die Lagerbildung und die Anlageinvestition der Wirtschaft um 20 vH gestiegen. Hierdurch sind ausreichende Kapazitäten für die Fortführung der Expansion geschaffen worden. Die öffentliche Investition — hauptsächlich Verwaltungs- und Straßenbauten — nahm um 15 vH, der Wohnungsbau dagegen nur um 5 vH zu.

Da sich auch der Private Verbrauch mit den gestiegenen Masseneinkommen um rd. 12 vH erhöht hat, und ferner der Öffentliche Verbrauch um etwa 7 vH zunahm, vergrößerte sich der Gesamtbetrag der in West-Berlin in Anspruch genommenen Güter und Dienste binnen Jahresfrist um 12 vH. Diese Steigerung war nicht ganz so groß wie die Zunahme des Bruttosozialprodukts, so daß die Differenz der Verminderung des Einfuhrüberschusses zugute kam. Dieser ist von 1,0 Mrd. DM im Vorjahr auf 0,9 Mrd. DM in 1955 zurückgegangen, so daß West-Berlin dadurch in der Lage ist, jetzt rd. 85 vH seiner Einfuhren aus eigener Leistung zu bestreiten.

Einkommensangleichung macht Fortschritte

In einer stark expandierenden Wirtschaft steigen im allgemeinen die Einkommen der Selbständigen — vorübergehend — schneller als die Masseneinkommen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß auch in West-Berlin im Laufe des Berichtsjahres ein beträchtlicher Teil des gesamten Einkommenszuwachses bei den Selbständigen

und den privaten Körperschaften verblieben ist. Dieses zusätzliche Einkommen diente überwiegend der Selbstfinanzierung neuer Investitionen und der Erhöhung der finanziellen Stabilität der Betriebe. Nur zu einem geringen Teil wurde es zu Verbrauchszwecken entnommen. Insgesamt sind die Nettoeinkommen der Selbständigen und Körperschaften seit 1954 um ein Drittel gewachsen. Da auch die vorjährige Einkommensteigerung dieser Gruppe sehr erheblich war, darf unterstellt werden, daß nunmehr die erstrebte Einkommensangleichung an die Verhältnisse im Bundesgebiet für diesen Sektor im großen ganzen in greifbare Nähe gerückt ist.

Unter dem Einfluß der gewachsenen Beschäftigung, der diesjährigen Tarifierhöhungen, der Lohnsteuersenkung sowie gewisser Erhöhungen im Bereich der Sozialeinkommen sind die Masseneinkommen um knapp 15 vH angestiegen. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger bewirkten vor allem die Steuerpräferenzen, daß das durchschnittliche Netto-Jahreseinkommen auf 3360 DM zunahm und damit der Abstand gegenüber dem Bundesgebiet beträchtlich — von 310 DM auf 200 DM — zurückgegangen ist; es sind also auch hier Fortschritte in der Angleichung festzustellen. Anders sieht es jedoch bei einem Vergleich der durchschnittlichen Bruttoeinkommen aus; hier hat sich der Rückstand sogar noch — und zwar von 270 auf 300 DM — erhöht. Der starke Unterschied in der Entwicklung der Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer einerseits und der Nettoeinkommen andererseits ist in der Hauptsache neben dem Wegfall des Notopfers auf die Steuerpräferenzen zurückzuführen. Trotz höherer Einkommen zahlten die Westberliner Arbeitnehmer im Jahre 1955 durchschnittlich 45 DM weniger Lohnsteuer als vor einem Jahr. Es zeigt sich also, daß den Steuerpräferenzen auch bei den Arbeitnehmereinkommen Bedeutung zukommt.

Leider verbietet sich aus methodisch-statistischen Gründen eine genaue Gegenüberstellung des gesamten Sozialproduktes je Einwohner für West-Berlin und die Bundesrepublik¹⁾. Das Sozialprodukt West-Berlins je Einwohner lag in der Vorkriegszeit etwa 50 vH über dem Reichtumsdurchschnitt, gegenwärtig dürfte bei schätzungsweiser Bereinigung der methodischen Differenz das Pro-Kopfeinkommen in West-Berlin noch nicht ganz den Bundesdurchschnitt erreicht haben.

Günstige Zukunftsaussichten

Im großen ganzen kann der Westberliner Wirtschaft auch für das kommende Jahr eine günstige Prognose gestellt werden. Die Auftragsbestände garantieren eine weiterhin hohe Beschäftigung für das erste Halbjahr 1956 und es bestehen keine ernsthaften Gründe anzunehmen, daß die künf-

¹⁾ Die Berechnungsmethode und damit auch die Ergebnisse für gewisse Wirtschaftsbereiche differieren nämlich in beiden Rechnungen erheblich; eine bessere Übereinstimmung ist erst nach der in Aussicht genommenen Neuberechnung des westdeutschen Sozialprodukts zu erwarten.

tige Auftragserteilung an die Westberliner Industrie einen wesentlichen Rückgang erfahren wird. Allerdings dürfte die voraussichtlich etwas verlangsamte Konjunktorentwicklung in Westdeutschland — bei der Empfindlichkeit, mit der die Westberliner Wirtschaft auf die Veränderungen im Bundesgebiet reagiert — auch für Berlin dazu führen, daß 1956 kein Ausnahmejahr mehr sein wird. Vor allem wird der Konkurrenzdruck zunehmen und härtere Anforderungen als im abgelaufenen Jahr an die Westberliner Unternehmenschaft stellen.

Auf dem Lohnsektor wird die erstrebte Angleichung an das Bundesgebiet auch 1956 noch nicht zu erreichen sein. Da auch in den nächsten Jahren die Arbeitskräfte im Bundesgebiet knapp sein werden, wird die höhere Verdienstchance in Westdeutschland in zunehmendem Maße ihre An-

ziehungskraft auf die jüngeren und guten Fachkräfte des Berliner Arbeitsmarktes ausüben. Es wäre deshalb wünschenswert, die steigende Produktivität stärker als bisher den Arbeitnehmern zukommen zu lassen.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine weiterhin günstige Entwicklung bleibt die Aufrechterhaltung der bisherigen Hilfsmaßnahmen. Wenn auch die wirtschaftliche Lage vieler Betriebe sich so weit normalisiert hat, daß diese imstande wären, den Marktrisiken weitgehend aus eigener Kraft zu begegnen, so könnten doch die dauernden psychologischen Beunruhigungen von seiten der Ostzonen-Verwaltung — ohne das Gegengewicht einer wirtschaftlichen und moralischen Unterstützung von seiten des Westens —, das so mühsam geschaffene gute Berliner Wirtschaftsklima nachteilig beeinflussen.

Zum Volkswirtschaftsplan der sowjetischen Besatzungszone für 1956

Die bisherigen Veröffentlichungen zum Volkswirtschaftsplan für 1956¹⁾ tragen noch vorläufigen Charakter, da alle Daten auf den etwa für September errechneten mutmaßlichen Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 1955 basieren. Trotzdem ist die in der vorläufigen Fassung festgelegte Entwicklungslinie eine ernsthafte Betrachtung wert. Das Jahr 1956 ist nicht nur das erste Jahr des zweiten Fünfjahrplanes, sondern zudem auch das erste Jahr einer durch gegenseitige Abstimmung aller Pläne gekennzeichneten neuen Phase der Wirtschaftsintegration innerhalb des Ostblocks.

Die Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahre 1955

Weder das abgelaufene noch das kommende Wirtschaftsjahr können isoliert für sich betrachtet werden, da sie noch unter den Auswirkungen der mehrfachen Änderung des allgemeinen Wirtschaftskurses stehen. Ein Rückblick auf die letzten drei Jahre zeigt, daß sich Erwartungen auf eine beschleunigte Expansion der Wirtschaft nach Einstellung der Reparationsleistungen nicht erfüllt haben, insbesondere weil gleichzeitig die vorwiegend durch die Reparationen seinerzeit erzwungene konsumfeindliche Wirtschaftspolitik durch den konsumfreundlicheren „Neuen Kurs“ abgelöst wurde. Der erhöhte Konsum absorbierte alsbald nicht nur Gütermengen, die etwa der Höhe der bisherigen Reparationsleistungen entsprachen, sondern erforderte auch Umstellungen in der Produktionsrichtung und in der Investitionspolitik, die einer beschleunigten Expansion entgegenstanden. Hinzu kam, daß der „Neue Kurs“ nicht auf die SBZ beschränkt war, sondern gleichzeitig auch im gesamten Ostblock einsetzte und sich hieraus Schwierigkeiten im Außenhandel ergaben.

Nach den Zahlen über die Umsätze im Einzelhandel und in Gaststätten hat der Inlandsver-

¹⁾ „Neues Deutschland“ vom 6. 12. 1955.

Entwicklung des Verbrauchs
Einzelhandelsumsätze einschließlich Umsätze in Gaststätten
Auf Grund sowjetzoner Angaben; in Mrd. DM

	1952	1953	1954	1955 (Plan)
Einzelhandelsumsätze zu jeweiligen Preisen	25,0	27,4	29,7	30,6
davon:				
Nahrungs- und Genußmittel	15,0	16,4	17,15	16,95
Industriewaren	9,95	9,8	11,25	12,4
Belastung des Inlandsabsatzes mit Verbrauchssteuern ¹⁾	9,8	11,6	11,5	10,6
Einzelhandelsumsätze zu jeweiligen Preisen abzgl. der Verbrauchssteuern ²⁾	15,2	15,8	18,2	20
Zunahme des Netto-Verbrauchs gegenüber Vorjahr in vH	4	15	10

¹⁾ Die Verbrauchssteuern belasten nicht nur den Inlandsverbrauch. Ein wachsender Teil entfällt, seitdem sie bereits in der Produktionsstufe erhoben werden, auf Exportgüter und wird durch die Außenhandelspreisausgleiche kompensiert. —
²⁾ Diese Reihe entspricht etwa der realen Entwicklung des Verbrauchs.

brauch — ohne Verbrauchssteuern — schon im Jahre 1954 um fast 2,5 Mrd. DM, also um reichlich den Wert der bisherigen Reparationslieferungen, zugenommen, wobei der größte Teil der Umsatzsteigerung auf industrielle Güter, ein geringerer Teil auf Lebens- und Genußmittel entfiel. Da aber bekanntlich trotzdem 1954 das Angebot nicht ausgereicht hat, um die durch Lohnerhöhungen, Steuersenkungen usw. geschaffene neue Massenkaukraft zu befriedigen, hat die Steigerung der Nachfrage und der Produktion insbesondere in den ersten Quartalen 1955 unter weiterer Erhöhung des Anteils der Industriewaren über die Planansätze hinaus angehalten.

Diese Verbrauchsentwicklung ist nur durch Änderungen in der Produktionsrichtung möglich gewesen, wobei es interessant ist, zu beobachten, wie langsam die Planwirtschaft auf Planumstellungen reagiert. Obwohl die Pläne bereits Mitte

Entwicklung der industriellen Bruttoproduktion
Nach sowjetzonalen Angaben

	1950	1953	1954 ¹⁾	1955
in Mrd. DM zu Planpreisen				
Produktionsmittel	13,4	21,6	24,0	24,9
Industrielle Konsumgüter	6,5	9,2	11,2	12,1
Nahrungs- und Genußmittel . . .	3,4	6,4	6,9	7,4
Bruttoproduktion, gesamt	23,3	37,2	42,1	44,4
Anteile in vH				
Produktionsmittel	57,4	58	57	56,1
Industrielle Konsumgüter	27,8	24,7	26,6	27,3
Nahrungs- und Genußmittel . . .	14,8	17,3	16,4	16,6
1) Einschl. 0,9 Mrd. DM Sonderprogramm.				

1953 geändert wurden, steigt die Erzeugung von Produktionsmitteln auch im Jahre 1954 noch relativ stark, die Zuwachsrate fällt dann aber im Jahre 1955 beträchtlich zurück, obwohl in den Plänen eine erneute Kursänderung bereits längst vollzogen war. Die Erzeugung von Konsumgütern dagegen erwies sich als reagibler, nachdem den in diesem Sektor noch ohne eigentliche Planauflagen arbeitenden Privatbetrieben gewisse steuerliche und materielle Unterstützung gegeben worden war, womit sie auch zwei Drittel eines mit großem Aufwand gestarteten Sonderprogramms der nebenbetrieblichen Konsumgüterherstellung aus Abfallmaterialien in Höhe von 965 Mill. DM durchzuführen hatte.

Die Entwicklung im Produktionsgüterbereich ist insbesondere durch die Situation auf den Außenmärkten beeinflusst worden. Die bisherige Produktion für Reparationszwecke hatte voll als Export abgesetzt werden sollen, doch gelang es im Jahre 1954 nur, die Ausfuhr um rd. 1,16 Mrd. DM statt der erwarteten 2,5 Mrd. DM zu steigern, weil der Absatz von Maschinen und Fabrikausrüstungen, auf die die SBZ insbesondere eingestellt war, nach Einführung des „Neuen Kurses“ im Ostblock auf Schwierigkeiten stieß. Dies erklärt zusammen mit Schwierigkeiten der Produktionsumstellung die scharfe Senkung der Fortschrittsrate im Plane 1955.

Der Volkswirtschaftsplan 1956

Der Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1956 liegt in seinen Zielsetzungen gegenüber den Vorjahren auf einer mittleren Linie. Die industrielle Bruttoproduktion soll insgesamt um 8,6 vH erhöht werden, nachdem sie in den Jahren 1953 bis 1955 um 12,2 vH, 13,1 vH und 6,5 vH (Plan) gestiegen war. Das Verhältnis der Zuwachsraten von Produktionsgüter- und Konsumgütererzeugung ist hierbei wieder umgekehrt worden.

Ob diese Zahlen als real und erreichbar angesehen werden können, mag dahinstehen. Nach Ausführungen auf der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED ist zumindest die Abstimmung des Produktionsplanes mit den Plänen der übrigen Ostblockstaaten nicht voll gelungen, da die zu-

ständigen Fachministerien der SBZ die verlangten Steigerungen als nicht erreichbar bezeichneten. Die im Plan angesetzten Steigerungen scheinen ein Kompromiß darzustellen, in dem die Kapazität der Zonenbetriebe noch reichlich hoch eingeschätzt ist.

Erhöhung der industriellen Bruttoproduktion 1956
1955 = 100

Insgesamt	108,6
darin	
Schwerindustrie	110,0
Schwermaschinenbau	113,3
Allgemeiner Maschinenbau	114,1
Leichtindustrie	106,4
Lebensmittelindustrie	108,2
Bauindustrie (Min. f. Aufbau)	110,4

Mit den Ostblock- Staaten abgestimmte Steigerungssätze

Schwermaschinenbau	115,1	Vorschläge der Fachministerien	110,8
Allg. Maschinenbau	114,1		113,3
Leichtindustrie	107,3		106,4
Aufbau	119,2		110,1

Entsprechend hoch liegt daher auch die verlangte Steigerung der Arbeitsleistung je Produktionsarbeiter mit 8,8 vH (1954 4,1 vH, im dritten Quartal 1955 9,3 vH). Auch die Selbstkostensenkung ist mit 5,2 vH (1954 1,1 vH, 1955 bisher 4,26 vH) recht hoch angesetzt worden.

Das Volumen der staatlichen Investitionen soll um 39,7 vH gesteigert werden gegenüber 21 vH bzw. 14 vH in den beiden Vorjahren und kommt — bei Senkung der Investitionen der Landwirtschaft und Bauwirtschaft — vor allem der Industrie zugute. Die zusätzlichen Mittel sollen insbesondere der Betriebsrationalisierung und Modernisierung dienen. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen soll von 45,2 vH auf 50,6 vH des Gesamtvolumens erhöht werden. Die Kapazitäten in der Grundstoffindustrie sollen stark erhöht werden, hierzu die Investitionen in der Schwerindustrie um 48 vH steigen. Der Maschinenindustrie werden sogar um 187 vH höhere Investitionsmittel zugewiesen, während die Investitionen in der Leicht- und Lebensmittelindustrie nur um 5,8 vH gegenüber dem Vorjahre steigen sollen²⁾. Die starke Steigerung der staatlichen Investitionen erhöht, auch wenn man größere nicht-staatliche Investitionen in den Vorjahren unterstellt, die Quote der Investitionen am Sozialprodukt. Da angesichts des niedrigen Standes der Gesamtproduktion die Verbrauchsquote bisher relativ hoch lag, dürfte trotzdem die Investitionsquote aber immer noch niedriger liegen als in der Bundesrepublik und schon aus diesem Grunde vorläufig auch nicht mit gleich hohen Wachstumsraten der Produktion gerechnet werden können.

²⁾ Dies trifft insbesondere auch die Privatindustrie. Die seit 1954 bestehende Möglichkeit, 25 vH der Reingewinne steuerfrei für Investitionen auszugeben, wird eingeschränkt bzw. nur noch gegen besondere Genehmigung gestattet, weil angelich hier in den letzten beiden Jahren zu hohe Neuinvestitionen vorgenommen worden sind.

Der Einsatz neuer Arbeitskräfte ist mit rd. 96 000 Köpfen gegenüber rd. 71 000 im Jahre 1955 relativ hoch veranschlagt. Ob aus der niedrigen Zahl im Jahre 1955 eine damals besonders hohe Anforderung von Kräften für unproduktive Zwecke (Volkspolizei usw.) abzulesen ist, mag dahingestellt bleiben. Gegenüber dem Zugang an Arbeitskräften um rd. 1,5 vH der bisherigen Beschäftigtenzahl soll aber der sog. Lohnfonds um 5,3 vH steigen. Damit ist — bei etwa gleich hoch angesetzter Steigerung des Warenumsatzes — immerhin auch eine kleine Verbesserung des Lebensstandards im Ganzen vorgesehen.

Die weiteren Teile des Volkswirtschaftsplanes für 1956 bringen keine Überraschungen. In der Landwirtschaft werden höhere Erträge hauptsächlich in der Viehwirtschaft verlangt. Die vorgesehenen Investitionsmittel sind allerdings mit 525 Mill. DM gegenüber dem Vorjahre mehr als halbiert. Der Maschinenstand soll vergrößert werden: Mähdrescher um 53,7 vH, Kartoffellegemaschinen um 31,2 vH, Drillmaschinen um 32,8 vH, was angesichts des bisher niedrigen Maschinenbesatzes nicht besonders viel ist. Auch sollen der Ausnutzungsgrad und die Pflege der Traktoren verbessert werden.

Entwicklung der landwirtschaftlichen Erträge
Nach sowjetzonalen Angaben; dz je ha¹⁾

	1934/ 38	1952	1953	1954	1955 (Plan)	1956 (Plan)
Getreide	20,6	24,8	23,2	23,3	26,3	26,7
Kartoffeln	173	168	168	201	205	200
Zuckerrüben	291	293	291	339	339	325
Milchleistung je Kuh in kg . . . (3,2 vH Fettgehalt)	2 600	2 532	2) .	2) .	2) .	2 580
Zunahme der tierischen Erzeugung insgesamt gegenüber dem Vor- jahr in vH	25,2	3) 7-8

¹⁾ Die Zahlen zeigen nur die Tendenz. Für 1934/38 handelt es sich um Durchschnittswerte, die weiteren Zahlen sind vermutlich bei volkseigenen Musterwirtschaften ermittelt. Die Durchschnittswerte liegen auch heute noch unter den Werten von 1934/38. — ²⁾ 1953 keine Angaben; 1954 angeblich um 233 kg gestiegen; Plan 1955 verlangte eine Erhöhung auf 110,7 vH. — ³⁾ Schlachtvieh: 7 vH; Milch: 6,9 vH; Eier: 13,6 vH; Wolle: 10,5 vH.

Für den gesamten Wohnungsbau werden zusätzliche Mittel in Höhe von 332 Mill. DM bewilligt, womit die Gesamtleistung um 35,8 vH steigen soll. Hieraus ergibt sich, daß im Jahre 1955 nur rd. 930 Mill. DM, d. s. rd. drei Viertel

der vorgesehenen Mittel, tatsächlich verbaut worden sind. Nach den bewilligten Mitteln könnte im Jahre 1956 mit Neuzugang von etwa 51—52 000 Wohnungen gerechnet werden, was hinter der Durchschnittszahl von rd. 70 000 Wohnungen im zweiten Fünfjahrsplan beträchtlich zurückbleibt.

Der Volkswirtschaftsplan für 1956 insgesamt scheint verhältnismäßig vorsichtig aufgestellt zu sein, wenn auch die angegebenen Planzahlen in allen Teilen stark an die durch die Kapazitäten gezogenen Grenzen stoßen. Der starke Wert, der sowohl im Produktionsprogramm wie im Investitionsprogramm auf den Ausbau des Maschinenbaus gelegt wird, deutet — verbunden mit der Angabe, daß auch das Außenhandelsvolumen, das im wesentlichen auf diesen Industriezweigen basiert, wiederum um 15 vH gesteigert werden soll — darauf hin, daß die SBZ nach wie vor in der Integration des Ostblockes als ein wichtiges Zentrum der Maschinenindustrie betrachtet wird und als solches weiter ausgebaut werden soll.

Im übrigen finden sich in der Veröffentlichung auch Anzeichen dafür, daß die seit 1953 etwas liberalere Wirtschaftspolitik wieder durch einen schärferen sozialistischen Kurs abgelöst worden ist. So soll z. B. die Produktion des Handwerks nur noch um 2,3 vH steigen; außerdem wird Wert auf die Festigung der handwerklichen Produktionsgenossenschaften gelegt. Auf landwirtschaftlichem Gebiet wird den MTS die ausdrückliche Aufgabe gestellt, im neuen Jahre an Stelle von bisher 35,5 vH jetzt 45,5 vH aller mechanisierbaren Feldarbeiten bei den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) durchzuführen und nur, soweit ihre Kapazität ausreicht, den „werk tätigen Bauern“ zur Verfügung zu stehen. Nicht nur hierdurch, sondern auch durch die Neuregelung der Preise für landwirtschaftliche Produkte — geringe Erhöhung der Erfassungspreise, aber stärkere Senkung der Aufkaufpreise —, durch die insbesondere die Erträge der Kleinbauern gedrückt werden, wird auf stärkeren Anschluß an die LPG's hingewirkt. Auch die planmäßige Erweiterung des staatlichen und genossenschaftlichen Handelsnetzes wird ausdrücklich erwähnt; ferner werden, wie oben bereits angegeben, die Steuererleichterungen der privaten Industrie bei ihren Investitionen beträchtlich eingeschränkt.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig,
Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—